

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1.50 MZL. für die Woche 6.10 MZL. für den Monat, Durch die Post 6.10 MZL. für den Monat.  
Wohlfachkonto Nr. 28 886. „Spzialliterarischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.  
Verlags- und Anstalts-Adress: Ring Nr. 8887.

Dienstag, 25. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die Sachhaltene Mittelzeile ober deren Raum 0,80 MZL., auswärts 0,90 MZL. Stellen- und Wohnanzeigen, Familiennachrichten, Verleihen- und Veranlassungsanzeigen 0,40 MZL. Restliche: Die Mittelzeile ober deren Raum im Text 2.— MZL.

## Beamte, hinein in die Einheitsfront!

### Die Not der Beamten, Angestellten und Rentenempfänger.

#### Verprechungen des preussischen Finanzministers.

Die Preise steigen. Die Not der Arbeiter, Angestellten und Beamten wächst mit dem Fallen der Valuta ungeheuerlich. In einem Tage ist der Reallohn der Arbeitenden durch den Sturz der Mark um 30 Prozent gesunken. Gemessen an dem Werte der Friedenslöhne, kann man mit dem heutigen Arbeitslohn im Durchschnitt höchstens 35 bis 40 Prozent des Lebensbedarfs der Vorkriegszeit decken. Das bedeutet, daß sich bei den heutigen Löhnen und den noch immer weiter steigenden Preisverhältnissen einfach nicht mehr existieren läßt. Dieser Notstand der Schaffenden mußte jetzt selbst vom preussischen Finanzminister in einer Erklärung anerkannt werden, die er im Ausschuss für Beamtenangelegenheiten des Preussischen Landtags abgab, als über eine den Beamten und Angestellten zu gewährende Kostanzulage verhandelt wurde. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Staatsregierung verfolgt mit wachsender Sorge, wie die mit der fortschreitenden Entwertung der Mark immer weiter steigende allgemeine Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse es den Beamten und Angestellten des Staates mehr und mehr erschwert, mit ihren gegenwärtigen Dienstbehalten auszukommen. In ähnlicher Kollage wie die aktiven Beamten befinden sich die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen. Von der Regierung wird anerkannt, daß hier durchgreifende Abhilfe dringend geboten ist.“

Der Finanzminister ist aber der Anschauung, daß bei 93 vom Hundert der Grundgehälter in der Ortsklasse A eine weitere Anspannung des Systems der Ausgleichs- und Versorgungszuschläge unbrauchbar sei, weshalb man zu einer Neuordnung der Bezüge im Rahmen der Besoldungsordnung kommen müsse. Hierfür verspricht der Finanzminister nach Abschluß schwebender Verhandlungen mit dem Reich und den Ländern, den Parteien baldigst Vorschläge zu machen.

Die Anerkennung des Notstandes durch die Regierung ist ein Eingeständnis, daß sich alle Arbeitenden merken und aus-

nützen müssen. Die Verprechungen des preussischen Finanzministers an die Beamten, Angestellten und Rentenempfänger sind aber ein Wechsel auf lange Sicht, auf den sich diese nicht einlassen können. Die Beamten, die mittleren und unteren, bedürfen schnellst der Hilfe, um die notwendigsten Anschaffungen für den Winter zu machen und die Schulden zu bezahlen, die sie bei ihren Hungergehältern zu machen gezwungen sind. Die kommunistischen Parlamentarierfraktionen werden deshalb mit aller Schärfe darauf bringen, daß die Verprechungen des preussischen Finanzministers in ausreichendem Maße bis spätestens Anfang November eingelöst werden. Dazu ist aber dringend notwendig, daß die Beamten und Angestellten selbst durch außerparlamentarische Aktionen die Kommunisten in den Parlamenten unterstützen. Überall müssen sie in wichtigen Demonstrationen gegen ihre Verelendung protestieren und ultimative Forderungen stellen. Nur wenn sich die kommunistischen Parlamentarierfraktionen auf die Massen der Beamten und Angestellten stützen können, wenn diese selbst ihre Macht und ihren entschlossenen Willen bekunden, sich nicht böllig verelenden zu lassen, wird es gelingen, ihre Interessen im Parlament wirksam zu vertreten und ihre Forderungen durchzusetzen!

Die Anerkennung der wachsenden Verelendung durch die Regierung muß aber auch den Arbeitern in den Betrieben Veranlassung sein, gleich den Beamten Forderungen auf Lohnerhöhung zu erheben. Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben der Industrie, der Eisenbahn, der Post und der Kommunen müssen gemeinsam mit den Beamten handeln. In allen Orten und allen Bezirken müssen die Beamten, Angestellten und Arbeiter in ihren Organisationen dafür sorgen, daß einheitliche Aktionen zustande kommen, und daß die Kämpfe geführt werden in der großen Kampffront aller Arbeitenden. Es gilt jetzt, solidarisch zusammenzutreten im Kampfe

gegen die böllige Verelendung und Verelendung;  
für ausreichende Löhne und Gehälter;  
für eine menschenwürdige Lebenshaltung!

## Die Entscheidung über Oberschlesien.

Die Vorkonferenz hat der deutschen Regierung den offiziellen Wortlaut der Entscheidung über Oberschlesien mitgeteilt. Es hat lange gewährt, bis die Entente ihren Schicksalspruch über die Durchführung dieses letzten Stückes des Versailler Vertrages, das noch seiner endgültigen Form harret, gefällt hat. Ribbentrop und Gegenseite zwischen den beteiligten imperialistischen Mächten schoben die Entscheidung immer wieder hinaus. Es ist kein bloßes zeitliches Zusammentreffen, daß diese Gegenseite gerade vor Zusammentritt der Washingtoner Konferenz, die neue größere Gegenseite und neue Konfliktmöglichkeiten an den Tag fördern wird, überbrückt worden sind.

Die Entscheidung über Oberschlesien ist des Geistes von Versailles würdig. Auch hier hat der Kapitalismus seine Friedensarbeit im Sinne eines ganz gewöhnlichen Länderschachers gelöst. Selbst der Brief von Briand, der den offiziellen Wortlaut begleitet, läßt durchblicken, daß Völlerbund und Entente nur ein jämmerliches Flickwerk zustande gebracht haben. Alle ungelösten Fragen werden durch die Lösung noch verwickelter. Die nationalen Minderheiten bleiben bestehen. Die nationale Unterdrückung bleibt erhalten.

So schafft diese Entscheidung einen neuen Brandherd in Europa, schafft sie neue Grundlagen für Konflikte zwischen den deutschen und polnischen Kapitalisten. Die weißen Banden beider Nationalitäten, die sich schon vorher unerschämter als anderswo in Oberschlesien breitmachen konnten, bekommen jetzt ein noch weiteres Betätigungsfeld.

Alles dies wird die Lage der ober-schlesischen Arbeiter, die schon jetzt geknechtet und unterdrückt von den Kapitalisten, gemordet und gehegt von den nationalistischen Banden sind, noch unerträglicher gestalten. Für sie wird es heißen nach wie vorher: „Tanzt ihr Polen, tanzt ihr Deutsche alle nach derselben Peitsche.“

Diese Entscheidung ist der deutschen Regierung in ultimativer Form und unter Androhung von Zwangsmaßnahmen übermittelt worden.

Die deutsche Bourgeoisie hat mit allen Mitteln versucht, aus der Teilung Oberschlesiens Kapital für sich zu schlagen. Wieder wurde eine wütende nationalistische Hebe entfacht, wieder erhob die Gegenrevolution ihr Protestgeschrei. Dieser nationalistische Kummel sollte den Stinnes und Konforten Gelegenheit geben, innerpolitische Geschäfte zu machen. Die „nationale Einheitsfront“ sollte den Auftakt geben zur Bildung der „Koalition der Mitte“, zur Stinnesregierung. Die Teilung Oberschlesiens bot einen willkommenen Vorwand für die Begründung der Stinnesischen Parole der „Nichterfüllung“, womit man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen hoffte: einmal der Steuerjagd der Kapitalisten Tor und Tür zu öffnen, zum anderen Gnaland gegen Frankreich auszubilden. Die Teilung Oberschlesiens, die Verluste, die die deutsche Kapitalistenklasse dort erlitten hatte oder erlitten haben sollte, sollten als Begründung für die Sprengung der letzten Fesseln, die der kapitalistischen Ausbeutungslust noch im Wege standen, für die Abschaffung der letzten revolutionären Errungenschaften, für die Aufhebung des Achtstundentages herhalten.

Schon fehlte die Deutsche Volkspartei der SPD, das Messer an die Brust. Selbst Wirth sollte fallen, um einem besseren Nachts Stinnes Platz zu machen.

Das neue Ultimatum der Entente hält diese Vorbereitungen auf. Die neue Verschärfung der außenpolitischen Krise findet die deutsche Bourgeoisie ebenio wie jedesmal bisher in einem Zustande der Ratlosigkeit. Wirth soll gehen! Aber die Deutsche Volkspartei lehnt es ab, ihre Hand zur Annahme der Entscheidung der Entente herzugeben. Wie sollte sie auch? Denn dann würde klar werden, daß nicht das nationale Herz, sondern der simple Geldbeutel ihre Entscheidung diktiert. Sie würde zeigen, daß sie die Dinge in der Politik ebenio beurteilt, wie an der Börse, wo nach Verflüchtung der Teilung Oberschlesiens eine wütende Hausse in ober-schlesischen Montanwerten und der polnischen Mark einsetzte.

Die Stinnespartei kann sich nicht gut vor den Kleinbürgern, die sie noch an der Nase herumführt, ihrer nationalen Phrasen begeben. Sie muß dafür sorgen, daß der Anschluß an die Deutschnationalen, die ihr die weißen Banden zur Niederhaltung des Proletariats stellen, erkalten bleibt.

Was aber wird die deutsche Bourgeoisie tun? Wohl rüde: manche konterrevolutionäre Banden an eine nationale Erhebung denken, wohl mag es hier und dort zu Explosionen kommen, eine Möglichkeit, die das Proletariat ins Auge fassen muß, um ihr wirksam zu begegnen. In ihrem entscheidenden Teil wird die deutsche Bourgeoisie einen solchen Schritt nicht tun, weil sie ihn nicht tun kann. Sie kann nur dann selbständige Politik treiben, wenn sie versucht hat, England und Frankreich gegeneinander auszuspielen zu können. Das ist jetzt nicht der Fall.

## Werftarbeiterstreik auf den Atlas-Werken, Bremen.

Die Direktion der Atlaswerke in Bremen, der zweitgrößten Werft an der Weser, hat am 21. Oktober ein Mitglied des Arbeiterrats fruchtlos entlassen wegen angeblicher Beleidigung der Direktion. Am selben Tage sind die Rieker, Stemmer und Bohrer in den Streik getreten, weil die Stichprobenkontrolle von der Werftleitung ungenügend verschärft wurde. Werftarbeiterstreik in Hamburg, Werftarbeiterstreik in Bremen, das ist die Folge des Schiedsspruchs, dessen Annahme Dismann so sehr empfohlen hat. Die Lakt, durch eine kampflöse Unterwerfung dem Konflikt aus dem Wege zu gehen, rächt sich bitter. Die Folgen müssen die Arbeiter tragen, die immer aufs neue gezwungen werden, sich in verzweifelten Einzelkämpfen den Angriffen der Kapitalisten entgegenzustellen, deren maßlose Profitgier keine Grenzen kennt. Wie lange will die Arbeiterschaft noch zusehen, wie sich eine Gruppe um die andere ihrer Klassengenossen nutzlos verblutet?

## Blutige Zusammenstöße in Paris bei einer Demonstration für Sacco und Vanzetti.

Paris, 22. Oktober.

Auf eine riesigen Versammlung, die von den Kommunisten zugunsten der amerikanischen Justizopfer Sacco und Vanzetti organisiert war, wurde, offenbar durch Polizeispitzel, eine Bombe geschleudert. Bisher meldet man 3 Verwundete.

(CC.) Paris, 22. Oktober.

Gestern Abend hatte das Komitee, das die Aktion zugunsten der italienischen Kommunisten Sacco und Vanzetti die bekanntlich in Amerika zum Tode verurteilt worden sind, eine riesige Demonstration in die Halle de Wagram einberufen. Mitglieder der kommunistischen und anarchistischen Partei, der Gewerkschaften, der republikanischen Vereinigungen der ehemaligen Frontkämpfer waren in ungeheurer Menge zu der Versammlung herbeigeströmt, so daß der Saal die vielen Tausende nicht fassen konnte. Marcel Cachin sprach zu den Scharen auf der Straße, die der Versammlung im Inneren nicht beizubehalten konnten. Hier wurden revolutionäre Sieder gesungen. Als an die Polizei der Befehl erging, die Manifestanten zu zerstreuen, kam es zu einem rüden Gedränge. Klößlich hörte man die Explosion einer Granate. Mehrere Polizeibeamte und Inspektoren sowie einige Demonstranten wurden verletzt. Es wurde beschlossen, am Sonntag Vormittag vor der amerikanischen Botschaft zu demonstrieren. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß der geistige Ministerat beschloß, derartige Manifestationen zu verbieten.

(CC.) Washington, 22. Oktober.

Die kommunistischen Demonstrationen gegen die amerikanische Botschaft in Europa veranlaßten den Staatssekretär Hughes, in Washington besondere Maßnahmen zum Schutze der auswärtigen Botschafter anzuordnen. Auch für die Per-

treter der Abrüstungskonferenz wurden alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Für den Richter Thayer, der den Urteilspruch gegen die Kommunisten Sacco und Vanzetti gefällt hatte, wurde eine eigene Parlamentsgarde errichtet.

Während in den verschiedensten Ländern der Welt die Arbeiter für die beiden wegen „Raubmord“ von der amerikanischen Justiz zum Tode verurteilten Genossen demonstrieren, fühlt sich die Weltbourgeoisie mit dem Weißen Terror in den Vereinigten Staaten einig und sucht die Stimme der proletarischen Solidarität zu erlösen. Das kann nur ein Ansporn für die europäischen Arbeiter sein, mit erhöhter Kraft den Kampf gegen die Pentekostisten aufzunehmen. Damit demonstrieren sie zugleich ihren Willen zur Befreiung der in allen Ländern zu Tausenden eingekerkerten Revolutionäre.

## Die Volkspartei „lehnt ab“.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat am Freitag nachmittag folgende Beschlüsse gefaßt: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat von den bekannt gewordenen Erklärungen der Entente über die ober-schlesische Entscheidung Kenntnis genommen. Die Fraktion scheidet in dieser Entscheidung eine Mißachtung der Volkswahl und eine Verletzung des Versailler Vertrages und lehnt diese Entscheidung einstimmig ab.

## Ein „unpolitisches Geschäftskabinet“?

(DA.) Berlin, 22. Oktober.

Das Reichskabinet wird heute nachmittag 3 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammentreten. Es ist unzulässig, daß eine Krisenstimmung herrscht. Da man sich aber darüber deutlich im Klaren ist, daß man in der kommenden Woche die Verhandlungen mit Polen nicht aufnehmen dürfte, ist gestern Abend im parlamentarischen Kreise der Plan eines unpolitischen Geschäftskabinetts aufgetaucht, das außerhalb der politischen Parteien stehen und lediglich dazu gebildet werden soll, die Verhandlungen mit Polen einzuleiten und sie solange zu führen, bis eine Klärung der innerpolitischen Lage eintreten und die Bildung eines neuen Kabinetts ermöglicht würde.

Ein unpolitisches Kabinet von Beamten hätte zu bedeuten, daß die rechten bürgerlichen Parteien, die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei, tatsächlich fast allein die Regierungsmacht ausüben würden.

## Wiederaufnahme der Arbeit in den Berliner Zeitungsbetrieben.

Die heutige Betriebsversammlung der Firma Rössler beschloß nach einem Bericht des Arbeiterrates Fuchs, nach am Samstag die Arbeit wieder aufzunehmen.





# Breslauer Nachrichten.

## Bauarbeiterversammlung.

Das Waldenburger Wirtschaftsamt als Vohndrücker.

In der in der Stadtbrauerei zu Waldenburg abgehaltenen Versammlung des Bauarbeiterverbandes, Zahlstelle Waldenburg, gab Koll. Scholz den Geschäftsbericht. Viel Arbeit ist im vergangenen Quartal geleistet worden, was auch von den Kollegen anerkannt wurde. Zu begrüßen ist der gute Kassenbestand, wird er doch im Winter, bei Ausfahrungen und Vergleichen, manchem zugute kommen.

Ueber die Feier des 9. November entspann sich eine lebhafteste Debatte. Koll. Scholz gab den Beschluß des Gewerkschaftskartells bekannt, den 9. November durch Arbeitsruhe zu begehen. Alle Diskussionsredner betonten, daß der 9. November benützt werden soll, um in mächtigen Kundgebungen der Bourgeoisie zu zeigen, daß der „Novembersturm“ das Proletariat noch lange nicht befriedigt hat, daß alle Arbeiter zusammenstehen müssen, um erdugütig ein System zu befeitigen, in dem die Arbeiter ohne Hunger und langsam zugrunde gehen.

Eine eingehende Aussprache rief der Porzellanarbeiterstreik hervor. Alle Redner schlossen sich den Ausführungen des Koll. Scholz an, wonach die Solidarität gegenüber den Streitenden heiligste Pflicht aller Arbeiter sei. Die Versammlung betonte das heisse Verlangen, daß endlich durchgeführt werden muß eine einheitliche Regelung aller Lohnkämpfe gegenüber dem geschlossenen Ansturm der Kapitalisten, der sich besonders zeige in der Kohlenverweigerung der Grubenbarone gegenüber den noch arbeitenden Porzellanbetriebern.

Nach Erledigung der Tagesordnung meldete sich Koll. Müller zum Wort und legte folgenden Stanbaldien Fall dar. Am 13. Juli hatte sich Koll. Müller auf dem Verhandlungswege wegen Arbeit gemeldet. Er wurde von der Geschäftsleitung nach dem Waldenburger Wirtschaftsamt geschickt, welches einige Arbeiter zum Ziegelabladen brauchte. Koll. Varsich von der Verbandsleitung betonte ausdrücklich, daß laut Vereinbarung das Wirtschaftsamt den Tariflohn bezahle. Nachdem Koll. M. einige Tage gearbeitet hatte, teilte ihm ein Vertreter des Wirtschaftsamtes mit, daß der Vertriebsrat einstimmig beschlossen habe, den Bauarbeitern nur den Stundenlohn der städtischen Arbeiter von 4,25 Mark anstatt 6,50 Mark nach dem Tarif der Bauarbeiter zu bezahlen. Als sich Koll. M. bei dem Betriebsbüro erkundigte, jagte ihm dieser, daß er von allem nichts wisse und daß die Herren vom Wirtschaftsamt alles auf eigene Faust machten.

Die Herren hatten also den Lohn auf eigene Faust gekürzt, und sich dann hinter dem Betriebsrat verchanzt. Es ist dies besonders schädlich und zu verurteilen, weil als Leiter des Wirtschaftsamtes ein Sozialdemokrat, der befohlene Stadtrat Dr. Kreiter da ist. Als sich Koll. M. nicht zufrieden gab, sondern den Tariflohn verlangte, war plötzlich keine Arbeit mehr vorhanden und er wurde entlassen. Damit nicht genua, Koll. M. verlangte schriftlich die Nachzahlung der Differenz zwischen städtischem und Tariflohn. Daraufhin erhielt er folgende Karte:

Waldenburg, den 11. Oktober 1921.

Mit Rücksicht auf Ihr blossliches, unbegründetes Ausschreiben aus unseren Diensten sehen wir uns nicht veranlaßt, Ihrem Wunsch auf Nachzahlung des Unterliehbetrages ansatzweise zu entsprechen.

Sie verstehen nicht, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß Ihnen ein Stundenlohn von 4,25 M. gezahlt wurde, wogegen Ihnen laut Tarif nur ein solcher von 4 M. zuzustehen.

In Anbetracht der kurzen Beschäftigungsdauer nehmen wir jedoch von einer Forderung auf Rückzahlung des zuviel bezahlten Lohnes Abstand.

Stadt. Wirtschaftsamt.  
gez. Direktor.

Diese schwarzmachereiartige Mitteilung eines sozialdemokratischen Stadtrates rief in der Versammlung natürlich

Wichtiges weiß über die Rüstungen der monarchistischen Gegenrevolution, über das Treiben der „Selbstschutzborganisationen“, welche sich auf der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ Unkosten werden vergütet.

**Lieblich-Theater**  
Eröffnung der Wintersaison  
vom 1. bis 31. Oktober  
**10**  
brillante Attraktionen

## Werbt für die kommunistische Presse!

Der herrschenden Klasse stehen die mannigfachen Mittel zur Verfügung, mit deren Hilfe sie das Proletariat in der Sklaverei hält. Als Beherrscherin der Produktionsmittel, zwingt die Kapitalistenklasse die Millionen und Abermillionen, unablässig zu schuften, Reichthümer zu schaffen — für ein kleines Häuflein habgieriger Müßiggänger.

Hunger, bitterste Not, Unwissenheit, ein dumpfes Dahinleben — das ist das Los der Millionen; üppiges Leben, Luxus und die ausserordentlichen Genüsse — das ist das „Recht“ einer kleinen Oberschicht.

Der Hunger peitscht die Massen in das schier unerträgliche Joch der Knechtschaft immer wieder hinein. Und wenn die Last der Fron zu schwer drückt, das Maß des Elends nicht mehr zu ertragen ist, und die Proletarier in Zorn und Empörung gegen die Bedrücker sich aufbäumen — dann holt die herrschende Kapitalistenbande ihre Schutzgarben, dann läßt sie ihr Waffenarsenal in Tätigkeit treten. Es ist ein reichhaltiges Waffenarsenal, das ihr zur Verfügung steht: Maschinengewehre und Minenwerfer, Flintenläufe und Galgen, Zuchthäuser und Gefängnisse, Staatsanwältin und Richter, Polizei und Bürokratie — alles dient ihr, um jedes Aufbäumen, jeden Versuch, das Joch der Ausbeutung abzuschütteln, brutal niederzuschlagen.

Allein, diese brutalen Machtmittel, so wirksam sie auch sind, würden niemals genügen, um die Herrschaft der Ausbeuter aufrecht zu erhalten. Die Seele der Arbeiter muß verflaut, der Sinn geknechtet werden, damit die armen Habenichtse diese verkehrte, fluchwürdige Gesellschaftsordnung als eine „von Gott gewollte“, in alle Ewigkeit unabänderliche Ordnung betrachten. So schuf sich die herrschende Klasse neben dem materiellen Unterdrückungsapparat einen Machtapparat zur geistigen Verdummung der Massen, der in den Formen weniger brutal, dafür aber um so wirksamer ist. Schule und Kirche, Lehrer und Pfaffe, Buch und Zeitung, alles ist eingestellt auf die Verblödung der Massen. Unter diesen Waffen zur geistigen Beeinflussung der Massen spielt

### die Presse

die wichtigste Rolle. Die Presse ist heute in den Händen der Bourgeoisie die mächtigste Waffe zur Knechtung der Millionen. Tagaus, tagein, morgens und abends, beharlich und zäh, laun merkllich, aber nachhaltig, wird das Gift in die Hirne der Proletarier und Proletarierinnen hineingespritzt.

Die sogenannte „öffentliche Meinung“ der bürgerlichen Gesellschaft ist eine öffentliche feile Dirne, die auf Geheiß der Industriearone und Finanzgewaltigen fabriziert wird. Die Großbourgeoisie kennt die ungeheure Macht der Zeitung und sie hat sich deshalb ihrer bemächtigt. Zeitung um Zeitung kauft Stinnes auf, und die kleinen Stinnes machen es ähnlich. Diese feile, bürgerliche Presse hat nur einen Zweck, die Arbeitenden in ihrer Knechtschaft zu erhalten.

Und das Traurigste ist: Die Millionen Abonnenten und Leser dieser Presse sind Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Proletarier selbst sind es, die auf diese Weise die Macht ihrer Todfeinde millionenfach verstärken. Unbewußt natürlich, aus Trägheit, aus Unwissenheit, aus Gedankenlosigkeit.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die statt ein Arbeiterblatt ein bürgerliches Blatt halten, begeht geistigen Selbstmord, begeht ein Verbrechen an seinen Brüdern, ein Verbrechen an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel zur Knechtung. Bemächtigen wir uns der Presse, in den Händen des Proletariats wird die Presse ein Hebel und das beste Mittel zu seiner Befreiung.

### Hinaus mit der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen und Werkstätten, Fabriken und Kontoren!

In das Haus eines Proleten gehört nur ein proletarisches Blatt,

welches ihn geistig vorbereitet auf die geschichtliche Aufgabe, die seine Klasse und damit er selbst zu erfüllen hat; welches ihm hilft, seine Kräfte volle zu entfalten, und ihn mobilisiert zum Kampf der werktätigen Massen gegen die kapitalistische Gesellschaft und ihre Herrschaftsorgane;

welches ihm den Weg des Kampfes zeigt, auf dem die arbeitende Klasse den heftigen Widerstand der herrschenden brechen kann, welches keine Verhöhnung mit der Bourgeoisie kennt und konsequent den rücksichtslosen Klassenkampf führt;

welches dem Proletariat beibringt in allen seinen Kämpfen, ihm niemals in den Rücken fällt und ihm hilft, die Bedingungen seines Befreiungskampfes zu erkennen und befreit, danach zu handeln.

Nur ein solches Blatt gehört in das Haus des Proletariats, sei er Arbeiter, Angestellter oder Beamter.

### Nur die kommunistische Zeitung

wird diesen Anforderungen gerecht. Darum werbt für die kommunistische Presse!

### Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“

wird dem revolutionären Proletariat von Schlessen ein zuverlässiger, nie mankelnder Führer und Kampfgenosse, ein treuer Wegweiser und Berater gerade jetzt sein, wo die Klassenkämpfe, die Ungeheuer, verheißt unter einem neuen Schicksal, rufen zu einem neuen Kampfe in Ober-Schlessen. Gegen diese Rückschläge, die sich letzten Endes richten gegen die Arbeiter, muß das Proletariat jetzt stehen. Die Presse wird auch in diesem Kampfe das Banner sein, das anflügelnd und normiertreibend dem Proletariat voranschreibt.

## Werbt für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“!

größte Entrüstung hervor. Es wurde einstimmig beschlossen, diesen Stanbaldien Vorgang in der „Schles. Arbeiterzeitung“ zu veröffentlichen.

Es ist in der Tat ein Stanbaldien Vorgang, den sich hier ein zu „praktischer Arbeit“ hingeworfener Sozialdemokrat geleistet hat. Diese Leute, die besonders in den Gewerkschaften die Tarifbrüche der Unternehmer geißeln, geben ihren Namen und Einfluss dazu her, als Unternehmer selbst die Grundsätze jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit zu durchbrechen. Es bestätigt sich nicht nur in Waldenburg, daß Sozialdemokraten, nur um sich am Ruder zu halten, den Bürgerlichen alle möglichen die Arbeiter schädigenden Konzessionen machen.

### Für Sowjet-Rußland.

Vor kurzem konnten wir die Nachricht bringen, daß die Zahlstelle Waldenburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes 1000 Mark für Rußland bewilligt hat. Heute geht uns die Nachricht zu, daß die Zahlstelle Langenbielau ebenfalls beschlossen hat, 500 Mark an die Arbeiterhilfe für Sowjetrußland zu zahlen.

Das Gewerkschaftskartell Langenbielau beschloß ebenfalls, sofort Sammellisten herauszugeben, um den russischen Brüdern zu helfen.

Arbeiter überall, beherzigt das Beispiel der Langenbielauer Kollegen und eifert ihnen nach.

Zirkus Busch. Man darf wohl nicht annehmen, daß die Zirkusdirektion geneigt ist, die ganze Winterpielzeit mit ähnlichen Darbietungen auszufüllen, wie das zur Eröffnung der Winterpielzeit übernommene „Spiel in vier Bildern Ueber'n großen Teich“. Der Fabrikant des „Spiels“, Adolf Philipp, der offenbar im November 1918 wie die Front- und Stabpionniere seine nationalistische Gesinnung hinter einem im Knopfloch getragenen roten Band verdeckte, will mit bombastischen Floskeln für den nationalen Gedanken in der Masse Stimmung erzeugen und wagt sich mit seinem Produkt — zwar mit etwas Schüchternheit — in die Öffentlichkeit. Das Spiel entbehrt jeder originellen Idee, ist in seiner Richtigkeit nichts anderes als ein chaotisch zusammengewürfeltes Sammelsurium alter, abgetragener Zirkusstücke, die durch ein beinahe schwarzweiß-rot gefärbtes Band einigermaßen Szenenfestigkeit erhalten. Selbst die im Programmzettel festgedruckten Namen verschiedener Darsteller vermochten trotz großer Mühe nicht dem Spiel wenigstens einigermaßen das Gepräge einer schlechten Operette zu geben, und mancher Besucher würde wohl den Gang an die Kasse zwecks Zurückzahlung des Eintrittsgeldes antreten, wenn er nicht durch die ausgerechneten Darbietungen der nicht zum Stück gehörigen großen Varietébesetzung und den Tanzsätzen des Tänzerpaars Alla Hiler und Helmut Los einigermaßen entschädigt würde. Die sehr guten Leistungen der bekannten „Original-Regenrutsche“ kamen durch das gemeinsame Auftreten mit den „Luftschaukeln“ leider sehr schlecht zur Geltung.

Wir müssen der Zirkusdirektion schon ernstlich raten, wenn die Leere im Zuschauerraum nicht noch gefährlicher werden soll, schleunigst mit ihren Darbietungen eine Korrektur vorzunehmen. Mit dem Spiel „Ueber'n großen Teich“ hat sie wirklich einen schlechten Griff gemacht.

Es wird uns weiter noch geschrieben:

Die Luftstationen, welche allabendlich im Zirkus Busch, und zwar im 3. Bild der deutsch-amerikanischen Wanzenschau „Ueber'n großen Teich“ arbeiten, sind infolge der ungemein wegehaltigen Leistungen der Luftstationen, zu denen sich noch eine nebenbei wirkende Partiernummer gesellt, eine erstklassige zirkusmäßige Attraktion, die durch ihre Vielseitigkeit und Intensität Ver- und Bewunderung des Publikums in potenter Form verursacht.

R. L.

### Versammlungs-Kalender.

SPD. Breslau. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Parteibüro der Referententurfus statt. Es werden alle Genossen, die sich für befähigt halten, gebeten, zu erscheinen. Die Ortsleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag: Dunderer, G. m. b. H., Berlin SW 48, Tel. Südkow 1956 und 1957. Sozialistischer Verlag, G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichshafen.

**Warum** lassen Sie Ihre entbehrlichen Arbeitsstücke **den Motten zum Opfer** fallen? Schneiden Sie sich dieses Insekt aus!

**Ich kaufe laufend** neue und getragene Fadenzugzeuge, Brandanzüge, einzelne Fadentts, Hosen, Westen, Winterüberzieher, Militärstiefeln, Schuhe, Stiefel **Hadamel** Brandenburger Str. 9

**Anzeigen** haben in der „Schles. Arbeiterzeitung“ den größten Erfolg.

**Liebig-Theater.** Täglich 7 1/2 Uhr: Das große **Oktober-Programm.**

Ich bestelle hiermit — Exemplar der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Organ der kommunistischen Partei Deutschlands. (Selbst der kommunistischen Internationale.) Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. Abonnementspreis frei Haus monatlich 6,10 M., wöchentlich 1,50 M.

Name: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer: \_\_\_\_\_

Bestellungen nimmt jedes Postamt sowie die Expedition entgegen.